



Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit „Inobhutnahme“

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zweck „Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“ verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind § 35 SGB I; §§ 67 bis 85a SGB X; §§ 61-65 SGB VIII.

Für die Bearbeitung sind die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich. Wenn die erforderlichen Daten nicht bereitgestellt werden, kann das Amt für Jugend und Familie die ihm obliegenden Aufgaben nicht erfüllen.

Für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe erforderliche Daten werden im Rahmen geltender Rechtsvorschriften auch von anderen Stellen oder Personen erhoben. Dazu können gehören: anderer Elternteil; Einwohnermeldebehörde; SGB-Leistungsträger (siehe §§ 12, 68 SGB I); Bevollmächtigte; weitere Informationsträger.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von zehn Jahren gespeichert. Die Aufbewahrungsfristen beginnen, wenn die jeweilige Dienst-, Sach- und Geldleistung abgeschlossen ist, spätestens mit der Volljährigkeit des jüngsten betroffenen Kindes. Verlängerte Aufbewahrungsfristen bestehen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Kommt ein entsprechendes Delikt in Betracht, endet die Aufbewahrungsfrist mit Ende des 70. Lebensjahres des möglichen Opfers.

Ihre personenbezogenen Daten werden im erforderlichen Umfang weitergeleitet an: Dienstleister; Bevollmächtigte.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Behördliche Datenschutzbeauftragte, – persönlich –, 26105 Oldenburg kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.